

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse Tageszeitung

Verlags-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blawewitz

Post-Konto: 113. Deutsche Reichsbank, Blawewitz
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaften Dresden-Alst. und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstrentamts Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Rochwitz, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Dobritz, Laubegau.
Druck und Verlag: Elbgaupresse und Verlagshaus Hermann Beyer & Co., Blasewitz. / Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Fr. Zimmermann, Dresden; für den Anzeigenenteil: Paul Stoppel, Dresden.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.—, einschließlich Postgebühren; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz
Freitag, 17. Dezember 1920.

Anzeigen-Preis die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Textzeile die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen und schwierigen Satz 50% Zuschlag.
Anzeigen-Aannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Was ist wahre Sozialisierung?

Reichswirtschaftsrat und Reichslohnrat haben eine gemeinsame Kommission von sieben Mitgliedern — Siebener-Kommission — eingesetzt, um einen Plan für die Sozialisierung des Bergbaues auszuarbeiten. Sechs Mitglieder dieses Unterausschusses haben sich auf einen Vorschlag geeinigt, der im wesentlichen eine Planwirtschaft, Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Zusammenfassung von Kohlengruben und verarbeitenden Betrieben vorsieht. Der Steiger Werner hat einen Sonderbericht verfaßt und verlangt im wesentlichen die „Voll-Sozialisierung“ des Kohlenbergbaues, wie sie der bekannte Vorschlag Ledebers aus der Sozialisierungs-Kommission empfohlen hat.

Um die beiden Vorschläge entspinnt sich ein erbitterter Kampf. Die „Freiheit“, das Organ der Berliner Rechtsanwältigen, erklärte, es hätte keinen Zweck, über die Kohlenreform weiter zu verhandeln. Die Verwirklichung des Sozialismus sei eine Rechtsfrage, die durch Propaganda auf den Straßen und nicht durch Beratungen im Konferenzzimmer gelöst werden müsse.

Für jeden Ernstigen liegt es auf der Hand, das lebenswichtige Reformbedürfnis nur von Sachleuten in enger, von der Stimmung der Masse unabhängiger Arbeit gelöst werden können. In beiden Vorschlägen des Siebener-Ausschusses, sowohl in dem der Mehrheit wie in dem des Minderheiten, ist zu spüren, daß zwei einander entgegengehende Interessengruppen des Bergbaues Kompromisse geschlossen haben, und daß die allgemein-volkswirtschaftlichen Rücksichten nicht überall voll gewahrt sind. Der Bergbau, — und insbesondere der Kohlenbergbau — ist Sache des ganzen Volkes. Selbst wenn sich die Mehrzahl der Bergleute, — was recht unwahrscheinlich ist — hinter den Vorschlag Stinnes-Imbush stellen sollte, ist damit noch lange nicht gesagt, daß die Mehrzahl des Volkes dieser Lösung der Frage zustimmt. Schon heute steht fest, daß alle sozialistischen Parteien die vorgeschlagene Kohlenreform ablehnen. Wäre von keiner Seite unter Einwirkung von Interessenten aus dem Unterraum, und Arbeiterlager ein großartiger Sozialisierungs- und Arbeiterlager unternommen worden, so wären die nächsten wünschenswerten Maßnahmen gewesen.

Im Einzelnen liegt im Vorschlag Stinnes-Imbush viel Großartiges und Einleuchtendes. Leider aber wird das Gute und Vernünftige in den Augen der Öffentlichkeit dadurch entwertet, daß gewisse Interessenten dafür eintreten. Darauf hätte man Rücksicht nehmen sollen. Die Befehrung zur Vernunft, die zu dem, was wirtschaftlich möglich ist, wäre auch dann noch schwer genug gewesen. Der Kampf für eine positive Lösung der Sozialisierungsfrage muß damit beginnen, daß die Kohlenreform als eine Zweckmäßigkeit und nicht als eine Maßnahme hingestellt wird. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß „wahre Sozialisierung“ ein Unmögliches in der Umwandlung der Wirtschaft erfordert. In der Zukunft wird niemand den Satz bestritten wollen, daß sich die Geschwindigkeit des Juges nach der Haltbarkeit des Schutzes und der Beschaffenheit der Schienen richten muß. In der Frage der Wirtschaftsreform ist es um nichts anders. Der Unterbau für den Reformweg ist der Wirtschaftskörper Deutschlands; die Gleise sind die Wirtschaftsmoral und die Verantwortungslosigkeit des Einzelnen. An diesen beiden Bedingungen muß noch viel zu ändern und zu bessern. Die „Freiheit“ hat mit ihrem Ausspruch durchaus recht: Die Verwirklichung des Voll-Sozialismus wäre zu erzwungen. Die Folge würde aber die sein, daß der auf unermesslichem Unterbau und schadhafte Schienen im Eiltempo dahinschreitende Zug entgleisen muß.

Die Kommunistenstreiks in der Tschechei.

Wien, 15. Dezember. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, besetzte in Mährisch-Odona ein Trupp kommunistischer Arbeiter die Bezirkshauptmannschaft und entwarf die Gendarmen sowie später herangezogenes Militär. Der Bezirkshauptmann wurde auf die Straße geschleppt und schwer mißhandelt. Es kam auch zu Plünderungen. Bei der Verfolgung der Plünderer wurden Schüsse gegen das Militär abgegeben, das mit einigen Salven erwiderte. Viele Personen wurden verletzt. Abends gelang es, alle besetzten Gebäude wieder zu befreien. — Dasselbe Blatt meldet aus Brünn, daß bei der Wiederbesetzung der Osmaner Ueberlandzentrale durch Sicherheitskräfte eine Anzahl Personen verundet wurde.

Berlin, 15. Dezember. Wie die tschechoslowakische Weltanschauung mitteilt, haben gestern abend die Kommunistenführer Stalot und Panet den Präsidenten Masarat angeboten, eine Vermittlungsaktion einzuleiten. In Prag berichtet vollkommene Ruhe. In der Provinz ist eine allgemeine Entspannung zu beobachten. Die Führer der tschechischen kommunistischen Bewegung wurden verhaftet. Die Gewerkschaftsverbände haben sich gegen den Streik ausgesprochen und fordern seine Beendigung. Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben die von ihnen teilweise besetzten Häuser wieder freigegeben und kehren zur normalen Arbeit zurück.

Brünn, 15. Dezember. Die Stadt Odona stand gestern unter der Herrschaft der Arbeiterdiktatur. Um 8 Uhr früh zogen sie durch die Straßen, besetzten die Bezirkshauptmannschaft, entwarfen die Gendarmen und ergriffen vom Volkamt und der Eisenbahnstation, sowie der Lokfabrik Besitz. Hier proklamierten sie den allgemeinen Generalstreik. Nachmittags wurde Militär herangezogen, welches jedoch von der Menge entworfen wurde. Die Dragoner ließen die Pferde einfach stehen und liefen davon. Die Menge schleppte den Bezirkshauptmann gewaltsam auf die Straße, wobei sie schrie: „An die Kaserne mit ihm!“ Der Bezirkshauptmann wurde derartig mißhandelt, daß er das Bewußt-

sein verlor. Auch zahlreiche Passanten wurden arg mißhandelt. Es kam zu Plünderungen. Abends kamen neue militärische Verstärkungen heran. Zuerst wurden blinde Schüsse abgegeben. Das Militär verfolgte die Plünderer von der Juckerfabrik bis in die Stadt. Dabei wurden Schüsse gegen das Militär abgegeben, das nunmehr das Feuer mit einigen Salven erwiderte. Auf beiden Seiten sind viele Schwerver- und Leichtverletzte festgehalten. Als abends Regimäre eintrafen, gelang es schließlich, alle Gebäude wieder frei zu machen und die Ruhe wieder herzustellen.

Brünn, 15. Dezember. Nach amtlicher Meldung sind bei den heutigen Unruhen 15 Personen getötet und 18 schwer verletzt worden. Die politische Bezirkserwaltung verurteilte das Streikrecht über Brünn und Umgebung. Auch über Brünn wurde das Streikrecht verhängt. In Prag verließ der achtnagel Tag verhältnismäßig ruhig. Das Prager Parlament tagte heute unter dem Schutze eines großen Aufgebots von Gendarmen und berittener Polizei. Wer die Zugangsstraßen betreten wollte, mußte sich legitimieren.

Politische Nachrichten.

Gustav Derró warnt vor einer zu weit gehenden Entlassung Deutschlands.

Die Entente hat durch Herrn General Rollet oder Herr General Rollet hat für die Entente in seiner letzten Note die von der deutschen Regierung für die Aufrechterhaltung der Einwohnern in Bayern und der Selbstverwaltungsinstitutionen in Ostpreußen angeführten kräftigen Gründe, daß nämlich in Bayern über 50000 gewöhnliche Gewehre in den Händen der Kommunisten seien, — was sich aus abgelehnt und behauptet, die in der deutschen Note geforderte Gewähr nicht zu geben. Sehr im Gegensatz zu dieser Ablehnung nach Schema 3 der deutschen Note steht nun aber das, was ein französischer Sozialist, dessen Stimme man in Frankreich nicht gewohnt ist zu überhören, Gustav Derró, über die Gefahr einer solchen von der Entente geforderten gänzlichen Entlassung Deutschlands sagt. „Ich war in Odessa auf die vorbandene politische Gefahr, die der General Rollet in seiner Note ignoriert sich den Anschein gibt, obwohl die polnische Sozialistische Front diese Gefahr vor Monaten erst sehr drastisch zu spüren gehabt haben. In der Nummer der „Liberation“ vom 12. Dezember veröffentlicht Derró unter der Überschrift „Das kleine Risiko“ an letzter Stelle einen Artikel, dessen Schlusssatz folgendermaßen lautet:

Ich glaube nicht an die Wiederkehr der Hohenzollern auf den Kaiserthron. Aber es ist nicht unmöglich, daß dem Königshaus von Bayern, wenn die Umstände ihm günstig sind, diese Wagnisse gelingen könnte. Aber was will diese ungewöhnliche Gefahr gegenüber der beinahe sicheren Gefahr bedeuten, der wir ausgesetzt sind, wenn wir allzu vollständig Deutschland entlassen! Diese Gefahr springt in die Augen. Die Niederlage von Branden in der Krin erlaubt jetzt den Armenen, sich, wenn sie es wollen, auf Polen zu richten. Man hat bei Branden im letzten August einmal getrotzt. Man würde es wohl nicht ein zweites Mal im nächsten Frühjahr retten können und dann werden die bolschewistischen Armeen der Russen vor den Toren Deutschlands sein. Das würde ein gewaltiges Aufbrausen in den Arbeitergebieten dieses Landes bedeuten. An diesem Tage wird das „bürgerliche“ Deutschland nicht allein für England, sondern auch für Frankreich den einzigen Damm bedeuten, der jähig ist, diese plötzliche hohe Springflut aufzuhalten. Es wird dazu fähig sein, gewiß, aber nur unter der Bedingung, daß wir es nicht allzu sehr in militärischer Hinsicht desorganisieren, und daß wir ihm die Mittel erhalten, um sich die innere Ordnung aufrecht zu erhalten. Gewiß widerstrebt es uns, auszunutzen zu sein, ein konteraktives und reaktionäres Deutschland als einen eventuellen Verbündeten gegen den russischen Bolschewismus zu betrachten. Oder würden Sie vielleicht es vorziehen, daß auch der deutsche Damm nach dem polnischen Fortschritt wird und daß die bolschewistische Springflut bis an den Rhein gelangt?

Graf Czernin für den Anschluss Österreichs an Deutschland.

Wien, 15. Dezember. Der Nationalrat des österreichischen Reiches hat die österreichische Bevölkerung Wochen entscheidenden Hungers und sozialer Auflösung vor sich habe, falls nicht die Entente ihre oft gegebenen Hilversprechungen sofort einlöse. Die Sozialdemokraten sahen auf die Entente dadurch Eindruck zu machen, daß sie die Abdankung des Uebergeleitens einseitig in Österreich einsetzender Anarchie auf die Siegerländer in breiten Farben ausmalten. Auch Graf Czernin warnte mit den gleichen Gründen die Entente vor einer Vernachlässigung der österreichischen Zustände. Graf Czernin nannte die Friedensunterzeichnung einen schweren Fehler, von der Selbständigkeit, die man dadurch retten wollte, sei heute nichts mehr übrig geblieben. Die österreichische Bevölkerung könne nicht einmal eine Regierung oder einen Minister haben, ohne daß die Entente ihr Gutachten abgibt. Andererseits befürchtete er die Entente um das Wohl der Bevölkerung gar nicht mehr. Er trat dann mit wärmsten Worten für den Anschluss an das Deutsche Reich ein. Man antwortete zwar den Anschlussfreunden, der Anschluss werde Österreich nicht retten, weil Deutschland Mangel an allem habe, aber man erwartete auch gar nicht, von Deutschland erfüllt zu werden. Jedes etwas Rohbe wird Deutschland Österreich überlassen können, etwas Wohl und etwas mehr Kredit, daß Deutschland als Österreich doch noch vor allem wird der Anschluss eines kleinen deutschen Splitters an das große Mutterland den nationalen Gedanken beleben, die Arbeitslosigkeit wird an dem deutschen Beispiel erstarben. Der Anschluss wird neue Hoffnung in die Herzen Millionen verarmelter Menschen legen, die sich aufgeben

im Begriff sind. Sie werden ihre Kräfte wiederfinden wie ein ertrinkender Schwimmer, der plötzlich Band vor sich sieht. Im Leben ist der Wille alles, und den Willen zum Leben kann und wird Österreich nur durch den Anschluss finden.

Deutschland unerwartet Casossagans.

Wien, verbreitet folgende Meldung: Der Reichsminister des Meeres hat dem Vorsitzenden des Interalliierten Marineüberwachungs-Ausschusses Admiral Charlton heute folgende Note übergeben: „Herr Admiral! Im Namen der deutschen Regierung spreche ich das lebhafteste Bedauern über den ersten Zwischenfall aus, der sich am 19. November in Ruxhaven ausgetragen hat und ich bitte Sie, Herr Admiral, auch den beleidigten Offizieren die Ausdrücke meines Bedauerns übermitteln zu wollen. Zur Unterbindung des Vorfalls war eine besondere Kommission, bestehend aus einem Oberkriegsgerichtsrat als Verhandlungsleiter und zwei Stabsoffizieren der Marine als Beisitzer, an Ort und Stelle entsandt worden. Das bisherige Ergebnis der Ermittlungen ist in der anliegenden Denkschrift enthalten. Die ich daraus zu ersehen bitte, ist der von Ihnen ausgesprochene Vorbehalt, daß der Befehlshaber des Kreuzerkapitän Heintze die Ausfahrungen gegen die Mitglieder der Interalliierten Marinekontrollkommission zugelassen und sogar begünstigt habe, durch die Untersuchung widerlegt, Kapitän Heintze hat alles, was ihm in seiner Eigenschaft als Befehlshaber oblag, getan, um den Kontrolloffizieren die sichere und unbedingte Ausübung ihres Dienstes zu ermöglichen. Die Angelegenheit der Mannschaften begünstigen, daß sie bei ihm ebensolange wie bei den anderen Offizieren Nachsicht für ihre Ausschreitungen erwarten könnten. Dagegen muß angegeben werden, daß einige Truppenkommandeure und Offiziere des Kreuzertrupp nicht alle Vorschriften befolgt haben, die in der anliegenden Denkschrift enthalten sind. Sie haben aber in Uebereinstimmung mit dem Schutze und Instruktion befolgt gehandelt. Sie werden entschuldigt werden, wenn sie sich nicht als verantwortungsbewusst erwiesen haben. Die Kommandeure werden die Kommandeure mit der verdienten Strenge gegen die Mannschaften zurechnen lassen. Die Kommandeure werden die Kommandeure mit der verdienten Strenge gegen die Mannschaften zurechnen lassen. Die Kommandeure werden die Kommandeure mit der verdienten Strenge gegen die Mannschaften zurechnen lassen.“

Eine Regierungskontrole.

Berlin, 15. Dezember. Die Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Röhde lautet u. a.: Der russische Staatsangehörige Sach ist als bolschewistischer Kollaborator in Deutschland tätig gewesen und hat für die kommunistische Partei gewirkt, von der er zeitweise angeheilt war. Er wurde in Hannover verhaftet. Da ihm eine Straftat nicht nachgewiesen werden konnte, hat ihn die preussische Regierung im Juni als lästigen Anwalt der auswärtigen. Die Erläuterung einer von der russischen Sowjetregierung in Berlin betriebenen bolschewistischen Propaganda und Beweise für die Herkunft davon von der Sowjetregierung nach Deutschland geschickt werden, sind der Reichsregierung nicht bekannt.

Eine französische Drohung in der Völkerbundversammlung.

Genève, 15. Dezember. In der Abend Sitzung entzündete sich eine lebhafteste Debatte über die Frage der Aufnahme Deutschlands, die der ganzen Sitzung einen sensationellen Auftrieb verlieh. Der schwedische Bundespräsident Motta wies in einer formvollendeten Rede darauf hin, daß der Völkerbund, solange er nicht Universalität besitze, sein Ziel nicht erreichen könnte und daß daher die Aufnahme Deutschlands nicht nur die preussische Regierung im Juni als lästigen Anwalt der auswärtigen. Die Erläuterung einer von der russischen Sowjetregierung in Berlin betriebenen bolschewistischen Propaganda und Beweise für die Herkunft davon von der Sowjetregierung nach Deutschland geschickt werden, sind der Reichsregierung nicht bekannt.